

# Tierschutzfälle vor Gericht

Entscheidung des Landgerichts Kaiserslautern im  
sog. Schlachthofskandal „Härting“



**Zwischen Fortschritt und Versäumnis – Tierschutzstrafrecht und die Schlachtung**

# A. Überblick zur „Schlachthofrechtsprechung“

## Anlieferungsfälle (Transport)

- [AG Olpe, Urt. v. 23.11.2020 – 52 Ds 222/20](#)



## Unzureichende Betäubung (Schlachtung)

- [LG Kaiserslautern, Urt. v. 31.1.2025 - 3 NBs 6043 Js 20048/21](#)



## Geschäftsherrenhaftung (Organisation)

- [LG Kassel, Urt. v 27.04.2020 - 9 Ns - 9634 Js 23170/13](#)



## B. Materielle Aspekte der Schlachthofrechtsprechung



### I. Tierschutzstrafrechtliches Basiswissen

- Beweisverwertungsverbote als Ausnahmephänomen
- § 17 Nr. 2 TierSchG als reiner Bagatellausschluss
- Rohe Misshandlung als typische Begleiterscheinung beruflichen Handelns



### II. Sophisma ex praemissa falsa oder GIGO

- Fehlende Betäubung als Straftat
- „Wie“ der Schlachtung und der vernünftige Grund



### III. Strafrechtliche Irrläufer

- Ordnungswidrigkeit verdrängt Straftaten?
- Sanktionen unter der Geringfügigkeitsschwelle angemessen?

## C. Problemfelder der Schlachthofrechtsprechung

### I. Tierschutzstrafrechtliches Basiswissen



**Illegal erlangte Videoaufnahmen sind grundsätzlich verwertbar**

Beweisverwertungsverbote sind eine seltene Ausnahme und kommen nur bei schwerwiegenden Rechtsverletzungen durch staatliche Ermittlungshandlungen in Betracht.



**Erheblich sind alle Schmerzen oder Leiden, die nicht Bagatellen sind.**

Es reicht aus, wenn die Schmerzen auf einer Skala 1-10 den Grad 3 erreichen. Der Begriff der Erheblichkeit erfasst damit alles, was über reine Unannehmlichkeiten hinausgeht.




**Bei Tierquälerei aus finanziellen Motiven liegt rohe Gesinnung nahe.**

§ 17 Nr. 2a TierSchG wird nicht nur durch sadistische Handlungen erfüllt, sondern auch bei finanziell motivierter Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid des Tieres.

# C. Problemfelder der Schlachthofrechtsprechung

## II. Sophisma ex praemissa falsa oder GIGO

### These des LG Kaiserslautern

 § 17 Nr. 1 TierSchG ist bei betäubungsloser Schlachtung – Verstoß gegen 16 Abs. 2 Nr. 4 TierSchlV – **nicht erfüllt.**

### Gegenauffassung Literatur und Rechtsprechung

 § 17 Nr. 1 TierSchG stellt **Verstöße gegen Tierschutzrecht** auch **bei der Schlachtung** unter Strafe.

# C. Problemfelder der Schlachthofrechtsprechung

## II. Sophisma ex praemissa falsa oder GIGO

### Argumente des LG Kaiserslautern

- ✘ § 17 Nr. 1 TierSchG stellt nur Fälle unter Strafe, in denen gar nicht getötet werden durfte (**Ob**), nicht aber die unzulässige Art der Tötung des Tiers (**Wie**).
- ✘ Wortlaut: Für den **vernünftigen Grund für die Tötung** kommt es nicht auf das Wie der Tötung an.

### Gegenauffassung Literatur und Rechtsprechung

- 📌 Unzulässige Verkürzung: Es muss einen vernünftigen Grund für **diese** Tötung geben.
- 📌 Rechtfertigungsgründe erfassen **konkrete Handlungen**, nicht Erfolge.
- 📌 Rechtfertigungsdogmatik basiert grundsätzlich auf dem Gedanken der Verhältnismäßigkeit.

# C. Problemfelder der Schlachthofrechtsprechung

## II. Sophisma ex praemissa falsa oder GIGO

### Schlussfolgerung des LG Kaiserslautern

✘ Der Gesetzgeber hat in § 18 Abs. 1 Nr. 6 TierSchG eine Ordnungswidrigkeit normiert und damit zum Ausdruck gebracht, dass die Tötung eines Tieres ohne Betäubung keine Straftat ist. Regelung hätte sonst **keinen Anwendungsbereich**.

### Gegenauffassung Literatur und Rechtsprechung

- 📌 Auf den Willen des Gesetzgebers finden sich weder im **Gesetzestext** noch in den **Materialien** Hinweise auf die Vorrangigkeit des § 18 Abs. 1 Nr. 6 TierSchG.
- 📌 Die Vorschrift ist auch nicht überflüssig, weil sie auch **Fahrlässigkeit** erfasst.

# C. Problemfelder der Schlachthofrechtsprechung

## III. Strafrechtliche Irrläufer

### 🚫 1. „Missbrauch des Elektrotreibers ist keine strafbare Tierquälerei“

[LG Kaiserslautern, Urt. v. 31.1.2025 – 3 NBs 6043 Js 20048/21, Rn. 112](#)



„Bei der Auslegung des nach allen Varianten der Norm erforderlichen Merkmals der Erheblichkeit ist zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber den – auch wiederholten und länger als eine Sekunde andauernden – Einsatz eines elektrischen Treibgeräts **als Ordnungswidrigkeit sanktioniert** hat.

Als Straftat i.S.d. § 17 Nr. 2 TierSchG könnte der Einsatz eines solchen Geräts daher allenfalls dann gelten, wenn die Anzahl der Wiederholungen oder die Dauer des Einsatzes ein **Ausmaß** erreichen, das in **keinem Zusammenhang mehr mit dem Treiben des Tieres** steht, sondern **offensichtlich nur oder zumindest überwiegend dazu dient, ihm Schmerzen oder Leiden zuzufügen.**“

**Hervorhebungen durch Verf.**

# C. Problemfelder der Schlachthofrechtsprechung

## III. Strafrechtliche Irrläufer



### 2. Missbrauch des Elektrotreibers strafbar

- 📌 **AG Tauberbischofsheim, StB v. 25.4.2019 – Cs 21 Js 8867/18:** Traktieren eines Rindes im Analbereich mit einem spitzen Stock.
- 📌 **AG Stendal, StB v. 22.6.2022 – Cs 444 Js 17063/18:** Missbrauch des Elektrotreibers und Einklemmen eines Tieres im Schieber der Tötungsbox
- 📌 **AG Olpe, Urt. v. 23.11.2020 – 52 Ds 222/20:** Schlagen einer festliegenden Kuh mit einem Stock auf das verletzte Bein
- 📌 **AG Bad Iburg, Urt. v. 29.8.2022 – 23 Ls 7/21, 23 Ls (1103 Js 62317/18) 7/21:** Traktieren von transportunfähigen Tieren mit Tritten und Elektrotreiber
- 📌 **AG Kaiserslautern, Urt. v. 18.7.2024 – 1 Ls 6043 Js 20048/21:** Verwendung eines Elektrotreibers auf empfindliche Körperteile eines Rindes
- 📌 **AG Obernburg, Urt. v. 6.2.2025 – 1 Cs 106 Js 14782/23:** Ziehen vom Anhänger mit einer Winde

## C. Problemfelder der Schlachthofrechtsprechung

### III. Strafrechtliche Irrläufer

✘ **Implizite Behauptung:** § 16 Abs. 1 Nr. 1 TierSchIV i.V.m. § 18 Abs. 1 Nr. 3 a) TierSchG verdränge als spezielleres Gesetz § 17 Nr. 2 TierSchG (Grundsatz der Spezialität)





#### Denkbarer Ansatzpunkt:

- ? Die Sanktionsvorschrift des § 16 Abs. 1 Nr. 1 TierSchIV habe **keinen eigenen Anwendungsbereich**, wenn sie nicht § 17 TierSchG verdrängte, weil jeder Einsatz des Elektrotreibers mit erheblichen Schmerzen verbunden ist.
- ? § 17 Nr. 2 TierSchG erfordere daher den Einsatz der Treibhilfe in einem **Ausmaß** "das in keinem Zusammenhang mehr mit dem Treiben des Tieres steht, sondern offensichtlich nur oder überwiegend dazu dient, ihm Schmerzen oder Leiden zuzufügen."

## C. Problemfelder der Schlachthofrechtsprechung








### III. Strafrechtliche Irrläufer

 **§ 21 Abs. 1 S.1 OWiG: „Ist eine Handlung gleichzeitig Straftat und Ordnungswidrigkeit, so wird nur das Strafgesetz angewendet.“**

-  **Eindeutige Gesetzeslage:** Eine Ordnungswidrigkeit verdrängt eine Straftat nicht.
-  **Keine Spezialität:** § 16 Abs. 1 Nr. 1 TierSchIV ist ein abstraktes Gefährdungsdelikt und fordert auch in der Praxis nicht stets alle Tatbestandsmerkmale des § 17 Nr. 2 TierSchG.
-  **Wertungswiderspruch:** Misshandlungen mit anderen Gegenständen werden nach § 17 TierSchG bestraft (vgl. nur OLG Oldenburg, Beschl. v. 14.06.2019 – 1 Ss 93/19.), weil § 16 Abs. 3 Nr. 7 TierSchIV i.V.m. Art. 15 Abs. 1, Anh. III Nr. 1.8 a) VO (EU) 1099/2009 nur das „Nichtsicherstellen“ mit Geldbuße bedroht.
-  Konstruktion des LG Kaiserslautern postuliert einen **neuen engeren Straftatbestand** durch noch über rohe Gesinnung hinausgehende Anforderungen.

## D. Fragen der Geschäftsherrenhaftung

### I. AG Kassel Urt. v. 12.12.2017 – 271 Ds 9634 Js 23170/13

-  Vorgesetzter wusste um die Mängel, tauschte aber aus finanziellen Gründen die Betäubungsanlage nicht aus.
-  Mängel wurden einerseits von der Veterinärbehörde ohne Maßnahmen „toleriert“, andererseits wurde bei Kontrolle Abhilfe verlangt.
-  Geständnis in der Sache, aber keinerlei Unrechtseinsicht
-  Verantwortlichkeit als Täter (Geschäftsherrenhaftung)
-  Hier wurde ein Unterlassen angenommen, obwohl es sich bei der Durchführung weiterer Schlachtungen (Aufrechterhalten des Betriebs) um ein aktives Tun handelte.
-  Dem Täter wurde zugutegehalten, dass er in eine jahrelang tolerierte Praxis hineingeraten sei und dann „quasi stellvertretend“ auf der Anklagebank gesessen habe.
-  Für die Tat, bei der der Vorsatz verneint wurde, sind weder § 130 OWiG noch § 30 OWiG – soweit ersichtlich – auch nur erwogen worden.

## D. Fragen der Geschäftsherrenhaftung

### II. LG Kaiserslautern, Urt. v. 31.1.2025 – 3 NBs 6043 Js 20048/21















- ✓ Keine Pflicht zur lückenlosen Kontrolle (24/7)
- ✓ Kein Schluss von fehlender Anwesenheitsdokumentation auf Kontrollpflichtverletzung

- ⚠ Allgemeine Vorgaben des Compliance Managements / risikobasierter Ansatz
  - 📌 **Stichproben** sind **Pflicht** (Dokumentation von Stichproben [Datum, Uhrzeit?])
  - 📌 Hinweise auf **Fehler in der Vergangenheit** → Erhöhung der Kontrolldichte
  - 📌 **Schluss von Anwesenheit auf Kontrolle** unzulässig (Beweisantizipation)
  - 📌 **Organisation** ist Voraussetzung für effektive Kontrolle
  - 📌 Ohne (dokumentierte) **Schulungen** keine effektive Gefahrenvorsorge

#### ▶ **Bewertung des Gesamtbildes als Überzeugungsgrundlage erforderlich!**

Fehlende oder mangelhafte Organisation und Dokumentation von Gefahrenvorsorge (Schulung, Aufsicht und Kontrolle) lassen **grundsätzlich** den **Schluss** auf Verletzung von **Organisations-** und **Aufsichtspflichten** im Unternehmen zu.

## E. Bußgeldrahmen und -zumessung

Fehlerhafte Betäubung	Unzulässiges elektrisches Treibgerät
 5-5.000 Euro (§ 16 Abs. 2 Nr. 5 TierSchlV)	 5-25.000 Euro (§ 18 TierSchG)
 Angekl. war Zeit „schlicht egal“  Vorsatz und Möglichkeit, die Zeit einzuhalten (Rn. 72)	 19/26 Einsätze des Treibgeräts, aber nur geringfügige Schmerzen  150/200 Euro „angemessen“ (<1%)
 Grundgeldbuße von 10 Euro  Rechtfertigung für die lineare Steigerung  Abbildung von Gleichgültigkeit und Wiederholung in der Sanktion	 Woher kommt die Erkenntnis der nur geringfügigen Schmerzen?  Wie wirkt sich die Kumulation aus?  Warum wird die rohe Misshandlung nicht berücksichtigt?
 Abstellen eines Kartons neben dem Papiersammelcontainer: Bußgeldkatalog (12/2018) für BaWü in Ziff. 1.1.1: Bußgeld i.H.v. 50-250 Euro.  Bagatellgrenze 55 Euro (§ 56 Abs. 1 OWiG) und Geringfügigkeit 250 Euro (u.a. § 77b Abs. 1, § 79 Abs. 1 Nr. 1 OWiG)	



## E. Bußgeldrahmen und -zumessung

Rechtliche Vorgabe(n) zur Durchführung der Schlachtung	Ordnungs- und strafrechtliche Sanktionen	Spezielle Maßnahmen beim ersten Verstoß	Spezielle Maßnahmen beim wiederholten Verstoß	Gerichtliche Entscheidungen/ Anmerkungen
<p>§ 5 Abs. 1 Satz 1 TierSchIV i. V. m. Anhang III Nr. 1.9 der VO (EG) Nr. 1099/2009</p>	<p>Nach § 18 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a TierSchG i. V. m. § 16 Abs. 1 Nr. 1 TierSchIV handelt derjenige ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 ein elektrisches Treibgerät anwendet</p> <p>Als Straftatbestand nach § 17 Nr. 2 a und/oder b TierSchG, wenn die Tat aus Rohheit geschah oder dem Tier länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden zugefügt wurden</p>	<p>Belehrung aller Mitarbeitenden zu den Grenzen zwischen der erlaubten und der tierschutzwidrigen Anwendung des elektrischen Viehtreibers nach § 5 TierSchIV i. V. m. VO 1099/2009 (Ggf. durch die Tierschutzbeauftragten)</p> <p>Ggf. Anbringen eines eindeutigen Verbots im Schlachtbetrieb, z.B. in Form eines Piktogramms an der Wand</p> <p>OWi: Angemessener Bußgeldrahmen: 350,- bis 850,- €</p> <p>Verfahren nach § 130 OWiG gegen die betriebsverantwortliche(n) Person(en) prüfen</p> <p>Erstattung einer Strafanzeige</p>	<p>Tierschutzrechtliche Verfügung: Verbot, dass betreffende Mitarbeitende (vorbehaltlich einer erneuten Schulung mit Nachweis des Erwerbs der Sachkunde) an dieser oder anderen relevanten Positionen weiterhin eingesetzt werden, wenn einem Tier vorsätzlich oder fahrlässig erhebliche Schmerzen oder Leiden zugefügt wurden</p> <p>OWi: Angemessener Bußgeldrahmen: 700,- bis 1.700,- €</p> <p>Erstattung einer Strafanzeige</p>	<p>Zuvor als Straftaten geahndet:</p> <p>1) Mehrmalige Anwendung einer elektrischen Treibhilfe entlang des Rückens und am Flotzmaul einer Kuh, obwohl der Kopf des Tieres „in der Fixiervorrichtung der Tötebox“ verfangen war. Somit war das Vorantreiben der Kuh nicht möglich. Dabei äußerte die Kuh deutliche Schmerzlaute. Bei dieser Tat wurde eine Geldstrafe zu 40 Tagessätzen verhängt. Quelle: Amtsgericht Stendal, Strafbefehl vom 22.06.2020, Az.: Cs 444 Js 17063/18</p> <p>2) In mehreren Fällen wurden in einem Schlachtbetrieb elektrische Treibgeräte im Bereich des Rückens, der seitlichen Brustwand und der Schulter bis zum Schwanzansatz bei Schweinen verwendet. Der Einsatz erfolgte in einigen Fällen wiederholt (bis zu drei Stromstöße an einem Tier). Dabei regelten die Standardarbeitsanweisungen, dass beim Zutrieb nur Treibstöcke, Treibpaddel und Treibbretter als Treibhilfen eingesetzt werden dürfen. Zusätzlich wurden bis zu vier Mastschweine (statt zwei) in die Betäubungsgondel getrieben. Bei dieser Tat wurde eine Geldstrafe zu 90 Tagessätzen verhängt. Quelle: Amtsgericht Kulmbach, Strafbefehl vom 27.12.2021, Az.: unbekannt</p>

